



rosmary / flickr

Leistungsverweigerung der Krankenkassen

Grundversicherung mit Lücken

Wer mit den Prämien im Rückstand ist, bekommt kein Geld von der Krankenkasse. Immer mehr Versicherte sind davon betroffen.

Seit 1996 ist die Krankenkassen-Grundversicherung obligatorisch für alle Personen mit Lebensmittelpunkt in der Schweiz. Finanziert wird sie über regional unterschiedliche, einkommensunabhängige Monatsprämien mit reduzierten Prämien für Jugendliche und Kinder. Dreihundert Franken Franchise und zehn Prozent Selbstbehalt sind zwingend, die Franchise kann freiwillig zugunsten einer Prämienenkung bis auf 2'500 Franken erhöht werden.

Die Prämien werden unterhalb eines steuerbaren Reineinkommens von rund 36'000 Franken für Einzelpersonen und rund 45'000 Franken für Paare und Familien durch einen fixen Kantonsbeitrag subventioniert, der von einem gleich hohen Bundesbeitrag verdoppelt wird. Rund ein Drittel der Schweizer Bevöl-

kerung profitiert von dieser Prämien-subvention, in Zürich allerdings erst auf Grund der Steuererklärung ein Jahr nachdem sie unter die Einkommenslimite gerutscht sind – und auch nur wenn sie fähig sind, die administrativen Hürden zu bewältigen.

Mit dem Einzug dieser obligatorischen Gesundheitsversicherungsprämie wie mit der Bezahlung respektive Rückerstattung der Versicherungsleistungen sind traditionell so genannte Krankenkassen beauftragt. Anders als die übrigen Erbringer von Leistungen des Service Public sind die Krankenkassen aber nicht ein Bundesamt im Innenministerium sondern selbständige markt-orientierte Unternehmungen, wo Manager doppelt so viel verdienen wie Bundesräte.

Die Leistungsverweigerung

Wie gesagt sind die Krankenkassenprämien weder einkommensabhängig wie die direkten Steuern noch konsumabhängig wie die indirekten Steuern und

Abgaben. Die Familie Meier in Zürich mit zwei halbwüchsigen Kindern und einem steuerbaren Einkommen von 50'000 Franken bezahlt für diese «Gesundheitssteuer» rund 10'000 Franken pro Jahr – ohne die Selbstbeteiligungen.

Für alle andern Dutzenden von staatlich garantierten Leistungen von der Schule über die Administration, die Strassen, die Sicherheit usw. bezahlt die gleiche Familie rund 6'000 Franken, nämlich 3'830 Franken direkte und rund 2'200 Franken indirekte Steuern und Abgaben. Das Gesundheitswesen kostet die Familie also doppelt so viel wie der ganze Rest des Service Public.

In diesem Jahrzehnt hat die Zahl jener ständig zugenommen, die den Krankenkassen Prämien und/oder Selbstbeteiligungen schuldig bleiben. Bis vor drei Jahren durften die Krankenkassen diesen SchuldnerInnen Leistungen erst verweigern, wenn das entsprechende Betreibungsverfahren abgeschlossen war, seither schon bei Eröffnung des Betreibungsverfahrens. Damit erhöhte sich die Anzahl der Ausgeschlossenen auf rund zwei Prozent der Bevölkerung.

Die Krankenkassenprämien sind also, wie gesagt, eigentlich «Krankenversicherungssteuern». Wenn sie nicht bezahlt werden, tritt eine Leistungssper-

“

Anders als die übrigen Erbringer von Leistungen des Service Public sind die Krankenkassen aber nicht ein Bundesamt im Innenministerium sondern selbständige marktorientierte Unternehmungen, wo Manager doppelt so viel verdienen wie Bundesräte.

re für die Versicherungsleistungen in Kraft. Und wenn Vater Meier nun die direkten Steuern nicht mehr bezahlt? Dürfen dann seine Kinder nicht mehr in die Schule? Kommt dann die Feuerwehr nicht mehr, wenn ihr Haus brennt? Die Leistungssperre ist nur schon aus dieser Perspektive eine durch nichts legitimierte Bestrafung von Verarmten.

Inzwischen tut sich was

sm. Der Branchenverband der Krankenversicherer (santésuisse) und der Vorstand der kantonalen GesundheitsdirektorInnen (GDK) haben sich Ende Oktober auf eine Lösung des Problems der Leistungssperren geeinigt. Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) soll so geändert werden, dass die Kantone 85% der Prämienausstände übernehmen, für die ein Verlustschein vorliegt. Im Gegenzug verzichten die Krankenkassen auf Leistungssperren.

Wer sind die Betroffenen

Können oder wollen diese Menschen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen? Sind sie verschuldete verarmte Opfer dieses Raubtierkapitalismus oder rücksichtslose Sozialschmarotzer? Meines Wissens sind dazu keine Untersuchungen veröffentlicht worden. Wie

Einen Hinweis für die Gründe der Leistungssperren mag aus dem Gesundheitsmonitor 2006 des Institutes GFS Bern von Claude Longchamp hervorgehen: 25 % der Bevölkerung empfindet die Höhe der Krankenkassenprämien als dauerhaftes, 24 % nur als gelegentliches Problem. Für 38 % sind die Prämien hoch aber tragbar und nur 13 % verspüren kein Problem damit. Für das Vorhandensein eines namhaften Anteils an nicht bedürftigen Zahlungsverweigerern „aus Lust oder Frust“ gibt es keinerlei Anzeichen.

Wie geht es eigentlich jemandem, dem es wegen hoher Verschuldung nicht gelingt die Krankenkassenprämien zu bezahlen und der das Rezept für Medikamente gegen Magenbrennen und Depressionen in der Apotheke nicht einlösen kann, weil seine Krankenkassenkarte der Apothekerin eine Leistungssperre anzeigt? Wie viel kostet in der Folge die Behandlung des eigentlich vermeidbaren Magenkarzinoms oder des Suizidversuches?

Schlussfolgerungen

Die Leistungsverweigerung der Krankenkassen ist nur die Spitze des Eisberges einer skandalös ungerechten, menschenunwürdigen, ineffizienten und horrend teuren Regelung der Krankenversicherung. Die Leistungssperren haben vermehrt nicht behandelte Leiden, die Krankenkassen unnötigerweise Eintreibungsspesen und die übrigen Versicherten deshalb noch höhere Prämien. Die Spitäler haben Riesenausstände, die privaten Leistungserbringer wie ärztliche Praxen nicht minder, das Betreibungswesen hat Hochkonjunktur und ... und ... und.

Wie viel einfacher wäre es doch, die obligatorische Grundversicherung durch einen Lohnabzug analog der AHV zu finanzieren und die Krankenkassen zu Zahlstellen à la Ausgleichskasse zu reduzieren und von der Privatassekuranz strikt zu trennen. Die Gesundheitsversorgung ist schliesslich ein Menschenrecht, das in den Sozialzielen der Bundesverfassung verankert wurde.

DAVID WINIZKI,
Hausarzt in Zürich, aktiv bei den VUA"